

P 004**DGB-Bundesfrauenausschuss**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses

Zeile 1 - 71

Angenommen

Zeile 72 - 76

Angenommen als Material an den Bundesvorstand

Gleichstellungsorientierte Familienförderung

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der DGB-Bundesvorstand und die DGB-Bezirksvorstände setzen sich gegenüber der Bundesregierung bzw. gegenüber den Landesregierungen offensiv für eine gleichstellungsorientierte Familienpolitik ein. Kernpunkt einer gleichstellungsorientierten Familienpolitik ist, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie/Privatleben sicherzustellen und die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

Der DGB wiederholt seine Forderung, dass ganztägige Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen flächendeckend zur Verfügung stehen müssen, und zwar auf qualitativ hohem Niveau.

1. Im März 2009 gab es in Deutschland lt. Statistischem Bundesamt bei den unter Dreijährigen eine Betreuungsquote von 20 Prozent (45 Prozent im Osten und 15 Prozent im Westen). Der von der Bundesregierung festgeschriebene Rechtsanspruch ab 2013 auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder vom ersten Lebensjahr an droht zu scheitern, wenn nicht ab sofort die Realisierung beschleunigt wird. Der Bund, die Bundesländer und Kommunen sind gefordert, für ausreichendes qualifiziertes Personal und Ausstattung in Subventionierung von Kindertageseinrichtungen zu sorgen und hierfür die erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen. Bildung und Betreuung von Kindern ist eine gesellschaftliche Aufgabe, Kindertageseinrichtungen in gewerblicher Trägerschaft lehnt der DGB ab.
2. Förderprogramme des Bundesfamilienministeriums, wie die "Betriebliche unterstützte Kinderbetreuung" oder der Ausbau der Tagespflege können das öffentlich verantwortete institutionelle Angebot ergänzen, aber nicht ersetzen.
3. Investitionen in Ganztagschulen müssen erheblich erhöht werden.
4. Die Dienstleistungsstruktur für pflegebedürftige Menschen muss so ausgebaut werden, dass Pflegebedürftige die Dienste in Anspruch nehmen können und für die Familienangehörigen die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ermöglichen. Dazu gehört der zügige Ausbau von wohnortnahen Pflegestützpunkten als Beratungsstellen und Verbesserung der ambulanten, teilstationären und stationären Einrichtungen.
5. Das Familienleistungsgesetz muss weiter entwickelt werden. Die in der vergangenen Legislaturperiode beschlossenen besseren steuerlichen Vergünstigen für haushaltsnahe Dienstleistungen, die zudem mit personenbezogenen Dienstleistungen (Kindererziehung und Pflege) vermischt wurden, sind so umzuwandeln, dass Haushalte mit geringem Einkommen davon profitieren können.
6. Die Berufe/Tätigkeiten im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen müssen aufgewertet werden in der Entlohnung und in der gesellschaftlichen Anerkennung.

Darüber hinaus wird der DGB-Bundesvorstand aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung gegen das geplante Betreuungsgeld auszusprechen und darauf hinzuwirken, dass ein in sich stimmiges Konzept einer modernen Familienpolitik entwickelt wird.

Vordringlich ist auch eine Bekämpfung der Kinder- bzw. Familienarmut. Kinder sind nach Arbeitslosigkeit der zweite Hauptgrund für Armut. Besonders Alleinerziehende sind betroffen. Neben der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und nicht existenzsichernden Löhnen müssen armutsfeste Sozialleistungen ein Abrutschen von Familien in Armut verhindern. Der Ausbau von Kinderzuschlag und Wohngeld für Familien von Geringverdienern ist notwendig, um Familien aus dem Hartz IV-System herauszuholen.

Die Delegierten des 19. DGB-Bundeskongresses fordern den DGB-Bundesvorstand auf, eine eigenständige Versicherung aller - unabhängig vom familiären Status – in sein Konzept einer solidarischen Bürgerversicherung aufzunehmen und politisch zu verfolgen.